

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Auf eine **10jährige erfolgreiche Arbeit** blickt das **Haus des Handwerks** in **Klingenthal** auf Seite 2 zurück.

Daneben geht es hier um den **Start des Standardtarifs zum 1. Juli 2007**.

Mit der **Dialektik der PDS** beschäftigt sich Rolf Schwanitz in seinem Kommentar auf Seite 2.

Zu einem **Gegenbesuch in Reichenbach** kommt Rolf Schwanitz auf Seite 3.

Außerdem geht es dort um den **Präventionspreis**, der in diesem Jahr nach Hoyerswerda ging.

Auf Seite 4 geht es um **Perspektiven für Langzeitarbeitslose** und einen **Radiobericht über den Elsterradweg**.

Die **Gewerbsteuer** ist diesmal das **Ärgerthema** auf Seite 5. Dort finden sich auch gleich **mehrere Schulklassen**, die den **Deutschen Bundestag** in Berlin **besuchten** und mit Rolf Schwanitz diskutierten.

Auf der letzten Seite wird über die **Perspektiven der ambulanten Suchtkrankenhilfe im Vogtland** berichtet. Außerdem machen sich hier die **freien Stroiche** Gedanken über Parteinamen. Und selbstverständlich sind dort auch wieder die Termine der nächsten **Bürger-sprechstunden** zu finden.

Der "Deutschlandfonds"

Die SPD setzt sich seit vielen Jahren für eine breitere Beteiligung der Mitarbeiter an ihren Unternehmen ein. Nun hat auf Initiative des Parteivorsitzenden Kurt Beck eine SPD-Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Gewerkschaften ein neues Beteiligungsmodell entwickelt: Den Deutschlandfonds. Dieser soll allen Unternehmen in Deutschland offen stehen, die ihren Mitarbeitern zusätzlich zum Tariflohn eine freiwillige Beteiligung am Unternehmen ermöglichen wollen. Die Beteiligung soll als Dreiecksgeschäft ausgestaltet werden. Die Mitarbeiter kaufen Anteile des Fonds, der den Betrieben diese Einlagen als Kapital zur Verfügung stellt und die Gewinnanteile, Zinsen und Tilgungen dann zurück an die Arbeitnehmer leitet. Das Modell hat

im Vergleich zu den bisherigen Beteiligungsmodellen und den Vorstellungen der Konservativen einen entscheidenden Vorteil: Selbst wenn ein einzelnes Unternehmen pleite geht, sind die Einlagen der Arbeitnehmer sicher - denn der Fonds fängt den Verlust durch die breite Streuung der Einlagen auf. Außerdem können die Beschäftigten ihr angesammeltes Fondsvermögen bei einem Arbeitgeberwechsel problemlos mitnehmen. Nach dem sozialdemokratischen Modell gibt es kein Limit für Einzahlungen in den Deutschlandfonds. Bis zu 400 Euro Einzahlungen im Jahr soll der Staat mit einem Zuschuss von 20 Prozent belohnen - solange der Mitarbeiter nicht mehr als 20.000 Euro im Jahr verdient. Etwa die Hälfte aller Arbeitnehmer hätte damit Anspruch auf staatliche Hilfe. Eine Bundesgarantie schützt schließlich den Deutschlandfonds vor Zahlungsunfähigkeit. Die Kosten für die öffentliche Hand sollen sich auf 210 Millionen Euro im Jahr belaufen. Für den vogtländischen SPD-Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz ist das Modell "langfristig ein guter Weg, um Vermögen und Besitz gerechter zu verteilen". Unterstützt wird das Modell auch von den Gewerkschaften.



Viele Unfälle sind vermeidbar



Rolf Schwanitz bei der Ausstellungseröffnung im Foyer des BMG

die Wanderausstellung bundesweit in öffentlichen Einrichtungen zu sehen sein.

Viele Unfälle von Kleinkindern im Elternhaus könnten mit einfachen Mitteln und mehr Vorsicht verhindert werden. Das sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Rolf Schwanitz, bei der Eröffnung der Wanderausstellung "Mit Kindern leben – sicher ist besser!" im Foyer des Bundesgesundheitsministeriums in Berlin. Mit der Wanderausstellung der Bundesarbeitsgemeinschaft Mehr Sicherheit für Kinder e.V. (BAG) soll auf die Gefahren für Kinder im Alltag hingewiesen werden, denn jährlich verletzen sich nach Angaben der BAG mehr als 200.000 Kinder im Haus oder Garten so schwer, dass sie von einem Arzt behandelt werden müssen. In den nächsten Monaten wird

10 Jahre Haus des Handwerks in Klingenthal

Über 4000 Handwerksbetriebe gibt es im Vogtland. Um diese umfassend und ortsnah betreuen zu können, eröffnete die Kreishandwerkerschaft im Jahr 1997 das Haus des Handwerks in Klingenthal. Dies war Anlass, auf eine erfolgreiche 10jährige Arbeit zurückzublicken. Zu den zahlreichen Gästen des Festempfangs gehörte auch Rolf Schwanitz. Er würdigte in diesem Zusammenhang das Engagement der vogtländischen Handwerksbetriebe für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region. Es ist gerade das Handwerk, das Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitstellt. Besonderes Interesse zeigte Rolf Schwanitz an dem Konzept "Berufewahl". Hiermit will die Handwerkskammer eine wirtschaftsnahere Berufsvorbereitung während der Schulzeit erreichen. "Damit ist das Handwerk auf der Höhe der



Foto: pixelio.de

Zeit", betonte Rolf Schwanitz. Die Sicherung des Fachkräftenachwuchses wird künftig zur entscheidenden Standortfrage. Deshalb sind die in diesem Konzept aufgezeigten Wege, mit der Berufswahlorientierung bereits in der 7. Klasse zu beginnen, richtig und überfällig. Jugendliche ohne Berufsabschluss und Lehrlinge, die ihre Ausbildung abbrechen, können

wir uns in Zukunft nicht mehr leisten. Die jungen Menschen müssen daher rechtzeitig erfahren, wo ihre Interessen und Neigungen liegen und wie sie diese in ihren künftigen Beruf einbringen können. Rolf Schwanitz hofft deshalb, dass der zuständige Kultusminister Steffen Flath möglichst rasch auf diese Vorschläge eingeht.

Kurz kommentiert

Die Dialektik der PDS

Wieder einmal hat das Verfassungsgericht zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan ein Urteil gesprochen. Die Klage der PDS gegen den Einsatz der Beobachtungsflugzeuge wurde abgewiesen. Spektakulär und überraschend war der Ausgang dieses Verfahrens nicht. Die Presse berichtete reichlich. Interessant und von den Medien nicht thematisiert, war dabei etwas anderes. Nämlich die Art und Weise, wie die PDS ihre Klage begründet hat. Gysi & Co. äußerten sich dabei in bemerkenswerter Form zum westlichen Militärbündnis, der NATO. Sie ist nach Einschätzung der PDS "ein reines Verteidigungsbündnis". Die NATO hat eine "Zweckbindung zur Friedenserhaltung" heißt es in der PDS-Klageschrift. Solche Töne können den aufmerksamen Beobachter nur erstaunen. Denn in der PDS gibt es noch immer viele, die völlig anders denken. Für sie ist die NATO ein "Militärpakt des Weltimperialismus", mit dem Ziel das "Rad der Geschichte mit Waffengewalt wieder zurückzudrehen". Vorhaltungen über dieses gespaltene Denken sind bei der PDS sinnlos. Sie würde schlicht und einfach antworten: "Das muss man dialektisch sehen." Was meint: Gegenüber dem Feind ist jedes Argument erlaubt, das nützlich ist. Aber auch das hat Tradition in dieser Partei.

Rolf Schwanitz



Standardtarif gestartet



Foto: pixelio.de

Zum 1. Juli 2007 wurde als nächste Stufe der Gesundheitsreform der sogenannte modifizierte Standardtarif in der Privaten Krankenversicherung (PKV) eingeführt. Dieser neue Standardtarif ist für Menschen, die ihren privaten Krankenversicherungsschutz verloren haben oder die nie versichert waren und die zum Beispiel wegen ihrer beruflichen Biografie der PKV zuzuordnen sind - insbe-

sondere Selbständige. Der Leistungsumfang des modifizierten Standardtarifs ist mit dem gesetzlichen Krankenversicherung vergleichbar. Die PKV-Unternehmen können im modifizierten Standardtarif niemanden, der zur Aufnahme berechtigt ist, ablehnen. Es dürfen auch keine Risikoabschlüsse oder Risikozuschläge bei Vorerkrankungen erhoben werden. Die Höhe des Beitrages ist vom Alter und Geschlecht des Versicherten abhängig, nicht aber von

seinem Gesundheitszustand. Für den Zugang zum modifizierten Standardtarif gelten keine Altersbeschränkungen. Für Rolf Schwanitz gehört "das Recht, sich gegen Krankheit zu versichern, zu den Kernelementen der Gesundheitsreform. Der erweiterte Standardtarif ist ein wichtiger Schritt hin zu einem bezahlbaren Krankenversicherungsschutz für alle Bürgerinnen und Bürger auch in der PKV." Besonders wichtig ist ihm auch, dass Menschen mit niedrigem Einkommen in dem neuen Standardtarif nicht durch Prämienzahlungen überlastet werden: Denn der monatliche Beitrag darf den durchschnittlichen Höchstbetrag in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht überschreiten.

Gegenbesuch in Reichenbach



Das Gebäude der Lebenshilfe in Reichenbach

Am 7. Mai war eine Gruppe von Mitarbeitern der Behindertenwerkstatt der Lebenshilfe Reichenbach e. V. auf Einladung von Rolf Schwanitz zu Gast im Berliner Reichstag. Deshalb luden sie Rolf Schwanitz zu einem Gegenbesuch ein. Diese Einladung nahm Rolf Schwanitz unlängst zum

mit Betreuern und Mitgliedern des Werkstattraumes. Diese hatten zahlreiche Fragen: Welche Aufgaben hat ein Abgeordneter? Was hat Rolf Schwanitz gemacht, bevor er in die Politik ging? Wie lang ist sein Arbeitstag? Welche Hobbies hat er? All diese Fragen beantwortete Rolf Schwanitz

Anlass, sich über die Arbeit in der Werkstatt für behinderte Menschen in Reichenbach zu informieren. Dabei führte er auch ein Gespräch

gern und ausführlich. So erfuhren die Gesprächsteilnehmer, dass sein Arbeitstag um 5 Uhr beginnt und oft bis 22 oder 23 Uhr andauert. Auch der Aufzählung seiner zahlreichen Aufgaben im Gesundheitsministerium und im Parlament lauschten die Mitarbeiter aufmerksam. Schließlich erfuhren sie auch noch, wo Rolf Schwanitz seinen Urlaub verbringt und dass er jährlich eine Sommerradtour durch das Vogtland veranstaltet. Beim anschließenden Rundgang durch die Werkstatt würdigte Rolf Schwanitz die engagierte Arbeit der Lebenshilfe Reichenbach e. V. bei der Integration behinderter Menschen und das hohe Niveau der Produktion in den verschiedenen Werkstattbereichen.

Kurz gemeldet

Mehr zuzahlungsfreie Arzneimittel

Am 1. Juli gab es 11.226 Arzneimittel, bei denen die Patienten keine Zuzahlungen leisten mussten. Damit hat sich die Anzahl solcher Medikamente innerhalb eines Jahres mehr als verfünffacht, teilte die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände mit. Die Regelungen zur Zuzahlungsfreiheit von Medikamenten sind Teil des im vergangenen Jahr von der großen Koalition verabschiedeten Arzneimittelsparpakets. Danach entfällt die Zuzahlung, wenn der Preis eines Medikaments um mindestens 30 Prozent unter dem Festbetrag, den die Kassen maximal für ein Medikament übernehmen, liegt. Ansonsten zahlen gesetzlich Versicherte immer zehn Prozent des Abgabepreises eines Arzneimittels, mindestens aber fünf und höchstens zehn Euro.

Aufschwung am sächsischen Arbeitsmarkt

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes waren im ersten Quartal dieses Jahres 1,89 Millionen Menschen in Sachsen erwerbstätig; knapp 39.200 Erwerbstätige bzw. 2,1 Prozent mehr als im Vorjahresquartal. Die größten Beschäftigungsgewinne verzeichneten dabei die Bereiche Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (15.200 Personen, 5,1 Prozent) und Produzierendes Gewerbe (14.500 Personen, 3,0 Prozent). Hier gingen die positiven Effekte sowohl vom Baugewerbe als auch vom Verarbeitenden Gewerbe aus. In Deutschland insgesamt erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Quartal 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Prozent.

Präventionspreis geht nach Sachsen

Der Stadtsportbund Hoyerswerda ist mit seinem Projekt "Kinder fit machen" ein Preisträger des diesjährigen Deutschen Präventionspreises. Das Preisgeld von 45.000 Euro teilt sich der sächsische Preisträger mit zwei weiteren Gewinnern: Dem "Runden Tisch zur Prävention von Kinderunfällen in Dortmund" und "FLUG - Flucht und Gesundheit" aus Freiburg. Einen Anerkennungspreis von 5.000 Euro erhalten die Berliner "Kiezdetektive". Der Stadtsportbund Hoyerswerda vermittelt mit seinem preisgekrönten Projekt Kindern im Alter von drei bis zehn Jahren Freude an der Bewegung. Damit gewinnen sie eine größere Leistungsfähigkeit und können so ein positives Selbstbild entwickeln. Zum sächsischen Preisträger erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit,

Rolf Schwanitz: "Das Projekt aus Hoyerswerda trägt zur gesunden Entwicklung gerade sozial benachteiligter Kinder bei. Es trägt in vorbildhafter Weise dem Gedanken der Prävention und Gesundheitsförderung in unserer Gesellschaft Rechnung und wurde deshalb völlig zu Recht mit dem Deutschen Präventionspreis geehrt." Der Deutsche Präventionspreis ist ein Projekt der Bertelsmann Stiftung, des Bundesministeriums für Gesundheit und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

(BZgA) und wird seit 2004 jährlich auf einem anderen Teilgebiet der Prävention und Gesundheitsförderung vergeben. In diesem Jahr richtete er sich an kommunale und regionale Initiativen. Fast 200 Projekte bewarben sich; zwölf wurden von einer Fachjury nominiert.

Weitere Informationen: <http://www.deutscher-praeventionspreis.de>

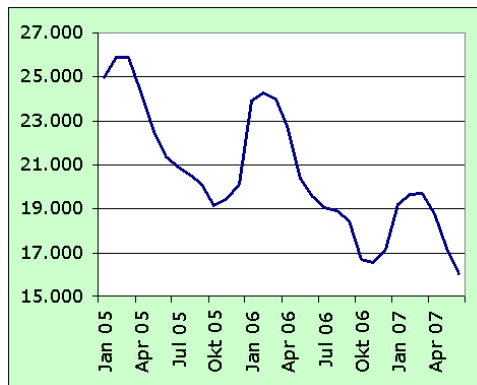


Foto: pixelio.de

Perspektiven für Langzeitarbeitslose

Die Konjunktur in Deutschland brummt. Und dank der Arbeitsmarktreflexionen der früheren SPD-geführten Bundesregierung kommt der Aufschwung auch auf dem Arbeitsmarkt an. Die Arbeitslosigkeit geht stetig zurück. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gab es im Juni 2007 deutschlandweit 712.000 Erwerbslose weniger. Das ist ein Rückgang von 16,2 Prozent. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist um über 300.000 zurückgegangen. Bewegung auf dem Arbeitsmarkt gibt es nicht nur in Deutschland, sondern auch im Vogtland. Hier gab es im Vorjahresvergleich 3.500 - oder 18 Prozent - weniger Arbeitslose. Und bei den Langzeitarbeitslosen gab es sogar einen Rückgang von rund 24 Prozent (von 7.854 auf 5.988 Personen). Die positive Entwicklung auf

dem Arbeitsmarkt löst jedoch längst nicht alle Probleme. Denn viele Langzeitarbeitslose haben unbestreitbar kaum eine Chance auf Integration in den regulären Arbeitsmarkt. Die SPD-Bundestagsfraktion kann und will das nicht hinnehmen und hat sich deshalb innerhalb der großen Koalition dafür eingesetzt, dass diese Menschen eine Perspektive bekommen. Konkret wollen die Sozialdemokraten mit einem Beschäftigungszuschuss sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten für 100.000 Langzeitar-



Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Vogtland seit Start der Arbeitsmarktreflexionen

beitslose schaffen, die absehbar nicht mit den üblichen Instrumenten in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Damit soll ihnen eine Perspektive gegeben werden. Die neue Regelung ist bereits vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden und tritt am 1. Oktober 2007 in Kraft.

Kurz gemeldet

Riester-Rente boomt

Die Riesterrente hat sich in den vergangenen zwei Jahren rasant entwickelt. Allein von April 2006 bis März 2007 sind 2,3 Millionen Riesterverträge abgeschlossen worden. Der Bestand liegt damit jetzt bei fast 8,5 Millionen Verträgen. Insgesamt wurden von Februar 2003 bis Mai 2007 mehr als 1,9 Milliarden Euro an Zulagen ausgezahlt. Die Förderung wirkt zudem auch zielgerichtet, denn Geringverdiener, Frauen und Förderberechtigte mit Kindern, also Personengruppen, die in der Regel erst durch die Zulagenförderung in die Lage versetzt werden, eine zusätzliche Altersvorsorge aufzubauen, sind deutlich überrepräsentiert.

Attraktives Urlaubsziel

Das sächsische Tourismusgewerbe blickt auf ein erfolgreiches Winterhalbjahr 2006/07 zurück. Während sich die Zahl der Gäste seit dem Winterhalbjahr 91/92 mehr als verdreifachte, stieg die Zahl der Übernachtungen um über 250 Prozent. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes wurde mit 2,44 Millionen Gästen und 6,4 Millionen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben mit neun und mehr Betten ein neuer Rekordwert für ein Winterhalbjahr erzielt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum waren das 2,0 Prozent mehr Besucher, die Zahl der Übernachtungen stieg um 0,5 Prozent. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste betrug 2,7 Tage. Dabei mussten allerdings die Wintersportreisegebiete einen Rückgang bei der Gästezahl um 4,2 Prozent und bei Übernachtungen um 4,6 Prozent hinnehmen. Alle anderen Reisegebiete vermeldeten dagegen Zuwächse.

Entlarvender Bericht über Elster-Radweg

Am 17. Juni 2007 berichtete der Deutschlandfunk im Rahmen seiner Sendung "Sonntagsspaziergang" über den Elster-Radweg. Die Radiojournalistin Eva Firzloff unternahm eine Erkundung der etwa 250 km von der Quelle bis zur Einmündung in die Saale und berichtete über ihre Eindrücke im "Elster-Land". Obwohl der Beitrag viel Sympathie und Werbung für die Region brachte, waren die Mängel, welche die Streckenführung dieses wichtigen Fernradweges gerade

bei uns im Vogtland hat, klar erkennbar. Frau Firzloff sagte: "Neben solchen gut ausgebauten Radwegen wie an der Oder, Elbe oder Donau nimmt sich die neue Radwander-Route entlang der Weißen Elster noch recht bescheiden aus." Kritik übte sie insbesondere an der Streckenführung im Vogtland: "... Kein gemütlicher Radweg am Flussufer." oder "... (wir) fahren weiter, allerdings nicht mehr an der Elster entlang, sondern auf kaum befahrenen Nebenstraßen über Berg und Tal." Ihr Urteil ist eindeutig: "Wer mit Kindern fährt, oder die Berge scheut, der sollte die Elster-Radtour erst in Gera beginnen." Der SPD-Bundestagsabgeord-

nete Rolf Schwanitz, der mit seinen Sommerradtouren im Vogtland seit vielen Jahren für einen Ausbau des Elster-Radweges eintritt, bemerkt dazu: "Dieser Beitrag sollte die Verantwortlichen endlich wachrütteln. Die Kritik an der Streckenführung des Elster-Radweges im Vogtland ist zutreffend und berechtigt. Wenn sich hier nicht bald etwas ändert, wird das Vogtland vom Radtourismus und von den ökonomischen Wirkungen dieses wichtigen Fernradweges dauerhaft abgekoppelt. Die Lösung ist nicht eine Vielzahl kleiner, zerstückelter Radwege. Wir müssen endlich ernsthaft an den Ausbau des Elster-Radweges heran." Die nächste Sommerradtour von Rolf Schwanitz wird in diesem Jahr am 21. und 22. Juli stattfinden. Natürlich auf dem Elster-Radweg.



Vogtländer zu Besuch im Bundestag



Der Sommer ist die Jahreszeit der Klassenfahrten. Während sich viele Klassen den Badeseen und dem Eisgenuss hingeben, nutzten zwei Schulklassen aus dem Lessing-Gymnasium in Plauen und eine Schulklassen aus der Mittelschule Amtsberg in Klingenthal ihre Klassenfahrten, um ein Stück weit in die Welt der "großen" Politik einzutauchen. Die politisch interessierten Vogtländer besichtigten bei ihrer Klassenfahrt in die Hauptstadt, neben den anderen mannigfalti-

gen Sehenswürdigkeiten Berlins, den Bundestag und diskutierten anschließend mit Staatssekretär Rolf Schwanitz über die Themen, welche ihnen auf der Seele brannten. Rolf Schwanitz wurde mit Fragen ganz unterschiedlicher Natur konfrontiert. Fragen zur aktuellen Tagespolitik, wie nach den Ursachen des momentanen wirtschaftlichen Aufschwungs, der Stabilität der großen Koalition oder den Plänen des Innenministers, konnte er dabei sofort beantworten.

Schwieriger war da schon die Frage nach der Umweltfreundlichkeit seines Dienstwagens. Schwanitz berichtete, dass er zwar kein Hybridauto hat, jedoch bei der Beschaffung seines Dienstwagens auf die Umweltfreundlichkeit achtet und ein verbrauchsgünstiges Fahrzeug mit Russpartikelfilter nutzt. Nach der etwa einstündigen Diskussion fand der informationsreiche Besuch dann mit einer Besichtigung der Reichstagskuppel seinen gelungenen Ausklang.

Kurz gemeldet

Manfred Deckert kandidiert in Auerbach

Bereits ein Jahr vor der Wahl des neuen Auerbacher Stadtoberhaupt hat der SPD-Ortsverein mit Manfred Deckert einen Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl nominiert. Manfred Deckert ist 46 Jahre alt, hat drei Kinder und lebt seit 1980 in Auerbach. Erfahrung mit der Verwaltung und Politik vor Ort hat er bereits durch sein Amt als Präsident des Vogtländischen Skiklubs Klingenthal gesammelt. In den nächsten Monaten will er sich verstärkt in die Auerbacher Kommunalpolitik einbringen. Deckert gewann im Jahr 1980 die Olympische Silbermedaille im Spezialsprunglauf (Normalschanze) und war 1982 Gewinner der Vierschanzentournee.

Stundenproduktivität steigt

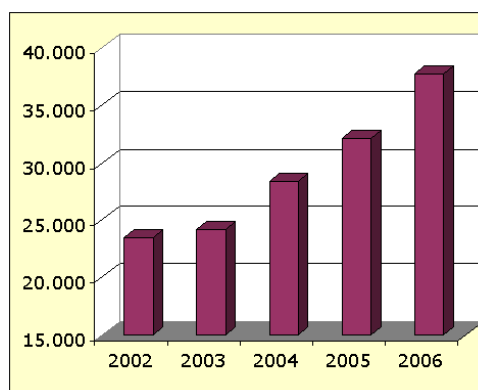
Im Jahr 2006 stieg die Stundenproduktivität - das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je geleisteter Arbeitsstunde der Erwerbstätigen - in Sachsen um 3,4 Prozent. Damit nimmt Sachsen beim Wachstum den Spitzenplatz unter allen Ländern ein. Ursache für den Produktivitätsanstieg ist das überdurchschnittliche reale Wirtschaftswachstum in Höhe von vier Prozent und die Erhöhung des Arbeitsvolumens um 0,6 Prozent. Im Vergleich zum Jahr 2000 stieg die Stundenproduktivität in Sachsen sogar um 19,4 Prozent. Die gesamtdeutschen Vergleichswerte sind deutlich niedriger: 2006 erhöhte sich die gesamtdeutsche Stundenproduktivität um zwei Prozent und seit 2000 war im bundesdeutschen Durchschnitt ein Anstieg der Stundenproduktivität um 8,9 Prozent zu verzeichnen.

Ärgerthema: Gewerbesteuer

Zu Beginn des Jahrzehnts entwickelte sich die Gewerbesteuer sehr schwach. Die damalige rot-grüne Bundesregierung entschloss sich deshalb zu einer Reform der Gewerbesteuer, die die Finanzkraft der Kommunen deutlich stärken sollte. Kritik blieb da natürlich nicht aus, auch von Bürgermeistern aus dem Vogtland. Von "nicht nachvollziehbaren" Berechnungen des Bundesfinanzministeriums, von einer "Beschädigung" in der Substanz und Ertragskraft oder von einem Ruin der Kommunen war die Rede. Heute wissen wir, dass die damals gegen CDU/CSU durchgesetzte Gewerbesteuerreform zu drastisch gestiegenen Ge-

werbesteuererinnahmen geführt hat, also eine echte Erfolgsgeschichte ist. Im ersten Quartal des Jahres 2007 wurde 7,5 Prozent mehr Gewerbesteuer gezahlt als im Vorjahreszeitraum. Das lässt die Kommunen frohlocken, denn die Gewerbesteuer ist deren wichtigste Einnahmequelle. Damit steuert die Gewerbesteuer auf das vierte Rekordjahr in Folge zu. Der Boom führte dazu, dass die Kommunen im ver-

gangenen Jahr erstmals seit 2000 wieder schwarze Zahlen schrieben. Und mit der Unternehmensteuerreform 2008 wird dank der SPD die Gewerbesteuer für die Kommunen gesichert und auf eine noch breitere Grundlage gestellt.



Gewerbesteuer in Deutschland (Mio. €)

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-22777937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708486
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

**Sie finden mich auch
im Internet:**

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

14.7.2007, 10 Uhr, Außerordentlicher Parteitag der SPD-Sachsen in Markneukirchen

18.7.2007, 10 Uhr, Diskussion mit einer Besuchergruppe aus dem Vogtland in Berlin

19.7.2007, 19 Uhr, Landesparteirat der SPD-Sachsen in Dresden

21. und 22.7.2007, Sommerradtour auf dem Elster-Radweg

26.7.2007, 18 Uhr, Jubiläumsveranstaltung zum 40jährigen Bestehen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Köln

28.7.2007, 11 Uhr Ausstellungseröffnung in Plauen

Die nächste Bürger-sprechstunde:

Klingenthal, Dienstag, den 24.7.2007, 11 bis 13 Uhr, im Büro des Landtagsabgeordneten Enrico Bräunig, Kirchstraße 6

Auerbach, Dienstag, den 24.7.2007, 14 bis 16 Uhr, im SPD-Büro Breitscheidstraße 14 (1. Stock)

Perspektiven der ambulanten Suchtkrankenhilfe im Vogtland

Anlässlich der bundesweiten Suchtpräventionswoche und der 5. Suchtpräventionswoche im Vogtland hatten die Suchtberatungs- und Behandlungsstellen der Region am 15. Juni zu einem Fachsymposium nach Bad Elster eingeladen. Die Fachleute diskutierten gemeinsam mit dem Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Rolf Schwanitz, über die Situation und die Perspektiven der ambulanten Suchtkrankenhilfe. Schnell wurde klar, dass die Lage in Sachsen von einem Stellenrückgang bei den Fachkräften geprägt ist, während die Anzahl der betreuten Personen in

lung befürchten die Fachleute vor Ort deshalb einen weiteren Rückgang der Versorgungsdichte und appellierten an die Verantwortlichen von Land und Kommune, die Finanzierung sicherzustellen. Für Rolf Schwanitz bleibt die Eindämmung des Drogen- und Suchtproblems eine der wichtigsten Herausforderungen. In seinem Schlusswort verwies er auf positive Wirkungen der Gesundheitsreform. So sind die Leistungen der medizinischen Rehabilitation jetzt Pflichtleistungen und es wurde eine Versicherungspflicht eingeführt. Er ging daneben aber auch auf die vom Bund durch-



Rolf Schwanitz auf der Veranstaltung der vogtländischen Suchtberatungs- und Behandlungsstellen in Bad Elster

den letzten Jahren auf einem gleichem Niveau blieb. Die geplante Kreisreform könnte dazu führen, dass man sich in den neuen Verwaltungsgebieten eher an den schlechter ausgestatteten Kreisen orientiert. Auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwick-

gesetzten Maßnahmen bei den Alltagsdrogen ein: Sondersteuer auf Alkopops, Alkoholverbot für Fahrenfänger, Verbot von Flatrate-Partys, Erhöhung der Tabaksteuer, Umrüstung der Zigarettenautomaten, Tabakwerbverbot, Anhebung der Altersgrenze für die Abgabe von Ta-

Freche Strolche



He Moritz, haste scho gehört: De PDS hat widder e neie Name!

Na klar Maxe. Die heeßn izte Die Linke.

Aber eens versteh i net Moritz! Därn Chef, der Osgar vom Saarland, gricht doch sei Geld och von Springers Bild-Zeitung.

Stimmt Maxe, der schreibt für die Artikel.

Aber links is das nich Moritz!

Da haste zwar Recht Maxe, aber so ernst is das mit de neie Name ooch nich gemeent.

Wieso'n nich Moritz?

Na da musste doch bloss ma zurückdenke Maxe. Die ham seit der Wende nu de fünfte Name un sin trotzdem immer noch de selben!

Stimmt Moritz. Da bin ich ma gespannt, wann der nächste Name kommt.

bakwaren und gesetzliche Maßnahmen zum Schutz vor Passivrauch. Die Tatsache, dass 75 Prozent der Personen mit Alkoholproblemen kein Erwerbseinkommen aus Arbeit haben, machte für Schwanitz aber auch deutlich, wie wichtig die Arbeitsmarktreformen für die Suchtbekämpfung sind. Schwanitz dazu: "Auch wenn die Langzeitarbeitslosigkeit im Vogtland seit Januar 2005 um mehr als 30 Prozent zurückgegangen ist, bleibt noch viel zu tun. Ich begrüße deshalb die geplanten Maßnahmen für besondere Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt."